



Mehr auf www.jdjl.org

SCHWERPUNKT, S. 2–6
Vom „great Game“ zum Lied
vom Tod: Sicherheitspolitik und
die Rückkehr der Geopolitik

ANTIRASSISMUS, S. 7–9
Ausgegrenzt, eingegrenzt,
begrenzt: Rassismus und
Menschenrechte in Europa

ÖKOLOGIE, S. 10–11
Licht aus und Hirn an:
Energiepolitik, die Linke
und die Klimakrise

BILDUNG, S. 14–15
Geadelte Bildung:
Ganztagsschulen und
eingebildete Exzellenz

tendenz

WINTER 2008
FRÜHJAHR 2009

SONDERNUMMER
GEOPOLITIK

Zeitung der JungdemokratInnen/Junge Linke | A7408F-JD/JL | Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin



GEOPOLITIK:
DIE WELT
GEHÖRT
DEM
STÄRKSTEN!

Die Rückkehr der Geopolitik

„Die Rückkehr der Großmächte“, „Der alte Krieg ist wieder da“ – so titelten viele Zeitungen während der Eskalation des Georgienkonfliktes im August 2008. Auch im Zeitalter der Globalisierung finden zwischenstaatlichen Konflikte statt – militärischen Auseinandersetzungen prägen weiterhin und ungebrochen das Bild der Welt.

Militärische Macht gilt heute offiziell als „diskrete Hintergrundinformation“ über das Einflussvermögen von Staaten bzw. Staatenbünd-

der Rivalität zwischen Staaten.

Die Nato, die Bündnisorganisation des Westens unter Führung der USA, spielt dabei eine unrühmliche Rolle. Landläufige Meinung ist, dass der Westen gegen Schurkenstaaten und Terroristen „Ordnung“ zur Garantie von „Sicherheit und Entwicklung“ in weniger entwickelten Regionen der Welt herstellt. Doch in der Realität mündet die Geopolitik der Nato-Staaten immer wieder in Chaos – das Beispiel Afghanistan steht exemplarisch hierfür. Faktisch treiben die mächtigsten Akteure im Kon-

Krieg zwischen dem westlich unterstützten Georgien und Russland um Südossetien und Abchasien handelte es sich nicht nur um einen lokalen Konflikt – es ging auch um das internationale Kräfteverhältnis.

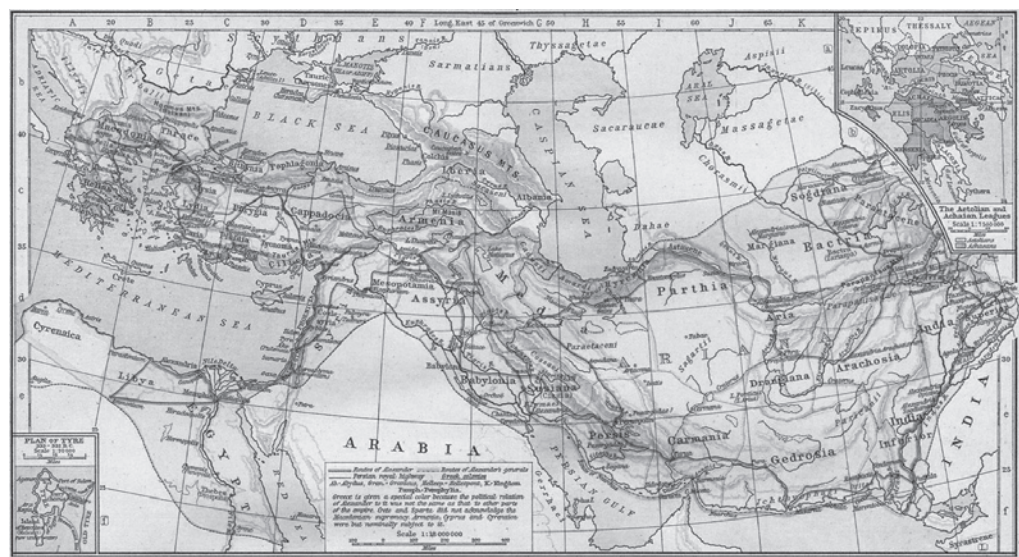
Hoffnung Obama?

Barack Obama steht weltweit für die Hoffnung auf eine friedlichere Außenpolitik. Doch auch er wird im Rahmen eines Weltsystems regieren müssen, das zunehmend von erheblichen Verwerfungen, zwischenstaatlichen Konflikten und Gewalt dominiert ist. In einem Aufsatz für die renommierte Zeitschrift Foreign Affairs schrieb er bereits 2007: „Ich werde nicht zögern, Gewalt einzusetzen, wenn notwendig auch unilateral, um das amerikanische Volk oder unsere grundlegenden Interessen zu schützen [...]. Wir müssen auch erwägen, militärische Macht unter Umständen einzusetzen, die über die Selbstverteidigung hinausgehen, um für die gemeinsame Sicherheit zu sorgen, die die globale Stabilität untermauert.“

Obamas Regierung argumentiert für eine Außenpolitik, die mehr als unter Bush auf die gemeinsame, „multilaterale“ Absprache mit den Bündnispartnern setzt. Daher wird die Nato in den nächsten Jahren womöglich eine noch wichtigere Rolle im globalen Spiel um Macht und Einfluss erhalten. Ob dies jedoch das Ausmaß der Gewalt reduzieren wird, bleibt fraglich. Zwar votiert Obama für einen allmählichen Truppenabzug aus dem Irak (stellt dies allerdings unter den Vorbehalt der Expertise seiner Militärs), fordert aber im nächsten Satz eine Verstärkung der Truppenpräsenz in Afghanistan.

Wahrscheinlich werden weder die neue amerikanische Regierung noch ihre europäischen Gegenstücke auf absehbare Zeit zentrale außenpolitische Weichen verstellen. Grund genug für soziale Bewegungen und linke Parteien, sich dem Zug der Militarisierung entgegenzustellen.

Tobias ten Brink



nissen. So können diese wirtschaftspolitische Veränderungen diktieren oder Einfluss in internationalen Institutionen wie der UNO oder der Welthandelsorganisation WTO ausüben.

Die Außenpolitik von Staaten wird daher häufig mit dem Begriff der Geopolitik beschrieben. Dabei geht es um den Versuch der Einflussnahme in Räumen auch und gerade dann, wenn keine direkte territoriale Kontrolle über diese vorliegt. Ziel ist die Verteidigung, Befestigung bzw. Steigerung der Macht genauso wie die Herstellung einer internationalen „Ordnung“, in der kapitalistisches Wirtschaften einigermaßen reibungslos funktioniert. Wenn dabei Gewalt im Spiel ist (und das ist sie häufig), sprechen gesellschaftskritische Denker auch von imperialistischer Politik.

Die Ursachen der Renaissance der Geopolitik liegen tiefer als in den Gewaltphantasien von Fanatikern. Sie hängen eng mit der Funktionsweise des globalen Kapitalismus zusammen. Dieser ist mit historisch sich teilweise in veränderten Formen herausbildenden Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen verwoben. Die den Kapitalismus kennzeichnende Konkurrenz drückt sich zudem nicht nur auf der Ebene der Unternehmen aus, sondern auch in

kurrenzgetriebe des globalen Kapitalismus eine Rüstungs- und Gewaltspirale voran. Von den weltweiten Verteidigungsausgaben von 1204 Mrd. US-Dollar im Jahre 2006 entfielen etwa zwei Drittel auf die Nato-Mitgliedsstaaten. Zu den Hintergründen der Bedeutungszunahme geopolitischer Handlungen gehören unter anderem folgende Sachverhalte:

- Die Heraufkunft verschärfter weltwirtschaftlicher Konkurrenz, die sich als politisch vermittelter „Standortwettbewerb“ niederschlägt und die Staaten dazu anhält, ihre Wirtschaftsstandorte global zu positionieren.
- Der Trend zu einem neuen Zentrum der Weltwirtschaft in Ostasien. Besonders die Entwicklungsstrategien Chinas stellen relativ stabile globale Kräfteverhältnisse und abgesteckte Interessenssphären „alter“ Großmächte in Frage. Damit bergen sie eine Reihe von Konkurrenz- und möglicherweise auch folgenreicher Konfliktverhältnisse in sich.
- Der Fortbestand politisch instabiler, jedoch weltwirtschaftlich und ressourcenpolitisch relevanter Regionen vom Nahen Osten bis Zentralasien, in welche die starken Staaten vordringen, um eine gewisse Ordnung in ihrem Interesse zu garantieren. Dabei geraten die großen Mächte auch untereinander in Konflikte. Beim

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Tobias ten Brink

Geopolitik

Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz

Mit einem Vorwort von Bob Jessop

2008 - 307 S. - € 27,90



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE_INFO@DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Afghanistan Diskussionsbeitrag

The great Game

Seit Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, seit der Gründung Afghanistans durch den Paschtunen Ahmed Shah, ist die Geschichte des Gebirgslandes mit seiner kriegerischen Stammeskultur nahezu ohne Unterlass von inneren Konflikten und Interventionen von außen geprägt.

Im Laufe des ersten anglo-afghanischen Krieges (1839-1842) besetzten die Briten Afghanistan. Aber die gewünschte Eingliederung des Landes am Hindukusch in das britische Empire fand nicht statt. Der hier im Hintergrund stehende Konflikt zwischen Großbritannien und Russland um die Vorherrschaft in Zentralasien im 19. Jahrhundert wurde „The great Game“ genannt.

Dem britischen Empire ging es nicht zuletzt um die Kontrolle der Handelswege in Zentralasien. Dem heutigen „Empire“ (Hardt/Negri) des Westens mit seiner Weltbinnenpolitik unter den Prinzipien des Marktzugangs und der Rohstoff- und Transportwegesicherung geht es wohl auch um die in der Öffentlichkeit so wenig präsente Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien-Pipeline (TAPI). Bereits 1995 hatte es eine Vorvereinbarung der US-Ölfirma UNOCAL mit den Taliban über diese Leitung gegeben. Mit dabei als Berater von UNOCAL: Der afghanische Präsident Hamid Karzai und Zalmay Khalilzad, der spätere Sonderberater des US-Außenministeriums für Afghanistan unter Bush und zur Zeit Ständiger Vertreter der USA bei den Vereinten Nationen. Im Hintergrund stand ein Konsortium aus acht westlichen Ölkonzernen, das eine gemeinsame Ausbeutung der Ölfelder um Baku in Aserbaidschan anstrebte.

Die erste Ölbohrung der Welt fand übrigens 1848 ebenfalls in Baku statt, nur kurz nachdem die britischen Truppen 1842 vollständig vernichtet wurden. Und der Westen und seine Öffentlichkeit täten gut daran, solche historischen Realitäten nicht auszublenden und sich dieser Geschichte zu erinnern. Denn Geschichte besteht nicht selten aus Episoden, die sich wiederholen.

Kriegsinteressen

Die Kriege gegen Afghanistan sind Teil der permanenten Expansion, mit dem Menschenrecht als Schlüssel für die Beseitigung staatlicher Souveränitäten und die Schaffung von Protektoraten. Die Marktwirtschaft, die sich in der bipolaren Welt nicht so entfalten konnte, wie sie wollte, hat seine Dynamik wieder. Nach der Zeitenwende, dem Zerfallen des

„Ostblocks“ 1990 geht es in den Zentren zum profitableren Sozialdarwinismus zurück, geostrategisch gen Osten, die Bereinigung der Transport-Korridore nach Europa und Asien inklusive.

Der Geostratege und ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski hatte 1999 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ festgestellt, dass wegen der Schwäche Europas und Russlands „Amerika nur eine kurze historische Chance“ habe, die „Anarchie“ auf der Welt



zu beseitigen und „die Gefahr eines Aufstiegs einer neuen Macht hinauszuschieben“. Brzezinski geht es entscheidend um die Macht auf der „eurasischen Landmasse“, die „den Ausschlag geben“ werde über Amerikas globale Führungsrolle. Wer die Region Zentralasien „unter Kontrolle oder unter seiner Herrschaft hat“, wird den „geopolitischen und ökonomischen Gewinn einheimsen“. Kein Konkurrent dürfe die Fähigkeit erlangen, „die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen.“

Warum Zentralasien?

Die Region ist reich an Bodenschätzen, und ihre Lage ist bedeutsam. Sie bildet die Achse zwischen Europa und Asien, der modernen

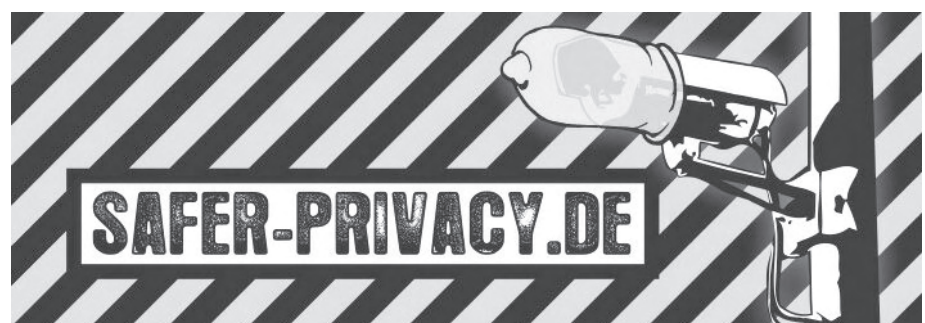
Seidenstraße und dem Nord-Süd-Verkehr zum Indischen Ozean. Im Kaspischen Meer gibt es bedeutende Ölreserven. In Turkmenistan liegen bedeutende Gasvorkommen, in Usbekistan Uran und Gold. Kasachstan besitzt die drittgrößten Uranreserven, fördert Zink, Silber, Bauxit und Kupfer, exportiert Öl, Eisenmetalle, Kupfer, Chemikalien und Getreide. Diese Überlegungen waren und sind auch der Bundesrepublik bekannt, und es gibt auch Grundzüge der deutschen Interessenspolitik gegenüber Zentralasien, die beantworten, was Deutschland in Afghanistan will. Achim Schmillen, Leiter des Planungsstabes im Außenministerium in der Fischer-Zeit, machte diese in der FAZ vom 15.5.2001 - also lange vor dem 11. September - bekannt. Während das US-amerikanische „Engagement eindeutig auf ökonomische Ziele orientiert“ sei, müsse die EU und auch Deutschland mit mehr Weitblick zu Werke gehen: Der Kampf um ökonomische Vorteile, um neue Arbeitsplätze, neue Pipelines, den Energiemarkt und letztlich um politischen und religiösen Einfluss könnte zu einem neuen ‚great game‘ führen.“

Deutschland, das seit der Zeitenwende 1990 darum bemüht ist, seinen Einflussbereich kontinuierlich auszudehnen, ist beim großen Spiel dabei. Sein Engagement in Afghanistan ist jedoch von dem Widerspruch getragen, einerseits an der Seite der USA Weltordnungsmacht spielen zu wollen und andererseits sich dabei der Weltordnungsmacht Nr. 1 nicht unterordnen zu wollen.

War Afghanistans Vergangenheit bislang von inneren und äußeren Auseinandersetzungen geprägt, so wird auch seine Zukunft - nicht zuletzt unter tatkräftiger bundesdeutscher Beteiligung - fraglos konfliktreich bleiben.

Hubertus Zdebel

Der Verfasser ist Mitglied der Partei DIE LINKE und Büroleiter des NRW-Landtagsabgeordneten Rüdiger Sagel, MdL DIE LINKE.NRW



Spiel mir das Lied vom Tod

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik bringt Militär, Regierung und Eliten zusammen

Deutsche Sicherheitspolitik ist geprägt von der Zunahme repressiver Mittel: nach außen durch den Einsatz der Bundeswehr, nach innen durch die Ausweitung polizeilicher Befugnisse und deren Vermischung mit militärischen Aufgaben. Diese Maßnahmen werden mit innerstaatlicher Terrorvorsorge und der internationalen Strategie des nation building begründet. Das kommt nicht von ungefähr: Im Hintergrund arbeiten zahlreiche InteressenvertreterInnen, PolitikberaterInnen und Denkfabriken an dieser Politik.

Die Bundesregierung stützt sich in diesem Themenfeld gern auf die 1992 gegründete Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Aufgabe dieser Akademie ist es, den bundesdeutschen Sicherheitsdiskurs zu prägen und international zu vertreten – durch Fortbildungen und Strategiepapiere. So formulierte der Bundessicherheitsrat 1987: Ziel sei es Führungspersonal mit einer „gesamtstrategische(n) Grundorientierung“ aus/zubilden, „die auf einem gemeinsamen Verständnis der nationalen deutschen Interessenslage beruht.“ Diese Elite solle die „Meinungsführerschaft“ in der öffentlichen Diskussion um Sicherheitspolitik übernehmen und damit für die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung sorgen. Um die freie

Diskussion zu befördern, werden aber die Teilnehmer der BAKS-Seminare zum Schweigen über die genauen Seminarinhalte und einzelne Äußerungen verpflichtet – hier wird geheimes Hintergrundwissen vermittelt.

Der Bundessicherheitsrat (BSR), der sich aus mehreren Bundesministerien zusammensetzt, bestimmt bis heute Themen und Inhalte der BAKS. Die Leitung der Akademie haben Militärs inne. Formal ist die BAKS dem Verteidigungsministerium zugeordnet.

Mit dieser Anbindung war die Zielrichtung vorgegeben und für einen kontinuierlichen Einfluss des Militärs auf den sicherheitspolitischen Diskurs gesorgt.

Aushängeschild der BAKS ist das sechsmonatige sicherheitspolitische Seminar. Dort werden die circa 30 handverlesenen TeilnehmerInnen, alles Angestellte

aus der oberen Führungsebene von Verwaltung, Bundeswehr, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft in Fragen der Sicherheitspolitik geschult. Sie werden vom Chef des Bundeskanzleramtes persönlich ausgewählt und eingeladen. Ihre Lehrmodule führen sie unter anderem zu den Schaltstellen der Macht nach Brüssel oder Washington D.C., in Einsatzgebiete der Bundeswehr, nach Afghanistan oder Kosovo oder auch nur nach Berlin-Treptow, zu den gemeinsamen Terror-Abwehrzentrum von Polizei und Geheimdiensten. Dabei geht es auch um Kontakte. Angestrebt wird eine strategic community – ein Netzwerk aus Vertretern aller Schlüsselbereiche unserer Gesellschaft, das insbesondere eine Verzahnung von Militär und Zivilgesellschaft gewährleisten soll. Die in der BAKS geschulten gesellschaftlichen Eliten, das Militär und die Regierung stützen sich mit dieser „strategischen Gemeinschaft“ gegenseitig in der Überzeugung, in Anbetracht der komplexen und vielschichtigen sicherheitspolitischen Lage könne nur über die zivil-militärische Zusammenarbeit Sicherheit gewährleistet werden.

Aus dem Seminar heraus entwickelt das BAKS auch sicherheitspolitische Handlungsempfehlungen, die an die Regierung weitergegeben werden und Widerhall in der politischen Dis-

kussion erzeugen, wie das folgende Beispiel zeigt.

Im Sommer 2007 stellten die Seminar-TeilnehmerInnen ihr „Rahmenkonzept für eine ressortübergreifende Sicherheitspolitik“ vor. Darin schlugen sie unter anderem die Einrichtung einer Art „Nationalen Sicherheitsrates“ vor. Dieser könnte laut dem damaligen Präsidenten der Akademie, Rudolf Adam, dem Bundeskanzleramt unterstellt sein. Diskussionen über



Bespitzelungsstaat austricksen!



GnuPG (GPG)
Mehr Sicherheit für deine Daten!

GnuPG ist eine Verschlüsselungssoftware mit der Daten ver-

und entschlüsselt werden können. Ausserdem können damit Signaturen erstellt werden, um die Herkunft einer Datei zu überprüfen. Dazu wird ein zweiteiliger Schlüssel, mit einem öffentlichen und einem privaten „Teil“, erstellt, wobei der öffentliche Schlüssel weitergegeben wird, um den Kommunikationspartnern zu ermöglichen, Daten verschlüsselt an dich zu versenden oder deine Signatur zu überprüfen. Dabei muss der private Schlüssel vom Besitzer geheim gehalten werden, damit nur dieser die Daten entschlüsseln bzw. signieren kann.

Weitere Infos unter gnupg.org

„Grundfragen der nationalen Existenz [...]“, was in letzter Konsequenz im nationalen Interesse liegt und welche Opfer dafür geboten sind“ würden dann in Expertengremium delegiert. Wenn auch das Parlament seine formale Macht nicht verliert, so verliert mit solchen Strategien doch immer die öffentliche, demokratische Diskussion. Sie allein kann und sollte über „Grundfragen der nationalen Existenz“ befinden. Die CDU sah sich durch den Vorschlag der BAKS allerdings beflügelt. Im Mai 2008 erschien ein von Unions-Fraktionschef Kauder, Innenminister Schäuble und Verteidigungsminister Jung erstelltes Strategiepapier, das einen „Nationalen Sicherheitsrat“ und auch den Einsatz der Bundeswehr im Innern fordert. Die BAKS ist letztlich trotz des ressortübergreifenden Ansatzes eine militärische Einrichtung. Die Bundesregierung nutzt sie um sich ihre eigene Sicherheitspolitik in einer Art wissenschaftlichen Wendeschleife zu bestätigen. Wie hoch der Einfluss der BAKS auf den sicherheitspolitischen Diskurs ist, kann man zur Zeit nicht abschätzen, solange kein ernsthafter Konflikt auftritt, und bis jetzt haben Regierung und BAKS den gleichen Musikgeschmack – Marschmusik.

Vera Wallrodt

Novelle des BKA-Gesetzes

Polizeiliche Nebelkerzen

Im Sommer des vergangenen Jahres veröffentlichte der Chaos Computer Club ein brisantes Dokument: einen internen Gesetzesentwurf des Bundesinnenministeriums für den Ausbau des Bundeskriminalamts (BKA) zu einer vollständigen Polizeibehörde.

In wesentlichen Zügen wurde dieses Gesetz im Bundestag im November 2008 verabschiedet und ist Anfang des Jahres in Kraft getreten. Nach dem Gesetz soll das BKA alle heimlichen Ermittlungsbefugnisse erhalten, etwa die Wohnungen Verdächtiger filmen. Kernstück ist die so genannte „Online-Durchsuchung“ mittels „Bundestrojaner“. Als Anlass dient einmal mehr die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Die nach der unfreiwilligen Veröffentlichung einsetzende Diskussion entsprach der üblichen Rollenverteilung im Sicherheitsdiskurs: Der Bundesinnenminister und die Präsidenten der Sicherheitsbehörden, allen voran Jörg Ziercke für das BKA, warnten vor den unkalkulierbaren Risiken, falls man keine heimliche Online-Durchsuchung gestatte. Die Sicherheitsbehörden müssten mit der technologischen Entwicklung Schritt halten, die nach ihrer Ansicht vor allem den Kriminellen zugute komme. Die SPD beschränkte ihren Widerstand darauf, doch wenigstens die anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten, um eine erneute Ohrfeige aus Karlsruhe zu vermeiden. Zweifeln aus den Reihen der Informatik, die sich skeptisch zu den Realisierungsmöglichkeiten von Online-Durchsuchungen äußerten und auf die einfachen Abwehrme-



chanismen hinwiesen, wurden vollmundige Behauptungen über die Fahndungsmöglichkeiten und die Treffsicherheiten des „Bundestrojaners“ entgegengehalten. Angesichts der öffentlichen Diskussionen über den Bundestrojaner bemühten sich die Vertreter der „Sicherheitsfraktion“ um Schadensbegrenzung: Das Bundesinnenministerium erstellte eine eigene Webseite mit Fragen und Antworten zu der gewünschten Überwachungsmethode. Der Präsident des BKA betonte mehrfach, dass sich die Zahl heimlicher Online-Durchsuchungen seiner Behörde auf 10 - 12 pro Jahr beschrän-

ken werde. Das Verfahren sei technisch so anspruchsvoll und setze längere Vorbereitungen voraus, um etwa das Umfeld der Zielperson und die Eigenheiten ihres Rechners (für die Infiltration und Anpassung der Software) zu erkunden. Allein der finanzielle und personelle Aufwand von Online-Durchsuchungen sorge dafür, dass seine Behörde nicht beliebige Rechner durchsuchen könne.

Online allein?

Diese Versicherungen erwiesen sich im Nachhinein als trügerisch, denn im verabschiedeten BKA-Gesetz las sich die Geschichte plötzlich ganz anders: Hier fanden sich sogenannte Eilfall-Regelungen für die Online-Durchsuchung, bei denen die Überwachung durch den Behördenleiter angeordnet werden kann. Diese Regelung wurde jedoch nach dem Nein des Bundesrates vorerst wieder gekippt.

Dass der angeblich so große Aufwand für die Vorbereitung einer Online-Durchsuchung eher eine „Beruhigungsspielle“ war, darauf deuten auch Informationen zur geplanten technischen Umsetzung hin. Im Frühjahr 2008 veröffentlichte die Piratenpartei Bayern ein vertrauliches Schreiben des bayerischen Justizministeriums mit einem kostengünstigen Angebot der Firma DigiTask zur Überwachung von Skype-Nutzern. Das Angebot umfasste ein heimlich zu installierendes Überwachungsprogramm (Skype Capture Unit zum Preis von 3.500 € pro Monat und „Maßnahme“, zzgl. einmaliger Einführungskosten i.H.v. 2.500 €). Die Firma DigiTask wäre sicher schnell in der Lage, ihre Capture Unit auf die Auswertung der gesamten Festplatte anzupassen. Billiger ist der Bundestrojaner vermutlich kaum zu bekommen.

Der versprochene Schutz der Intimsphäre kann dann schon mal auf der Strecke bleiben: Nach dem neuen BKA-Gesetz ist eine Online-Durchsuchung nur dann nicht zulässig, wenn die Durchsuchung des Computers „allein“ Erkenntnisse aus dem Intimbereich zutage fördern würde. Solche Fälle gibt es praktisch aber nicht, zumindest einige Systemdateien oder harmlose Texte lassen sich auf jeder Festplatte finden. Der Anspruch, staatliche Überwachung dürfe in den sogenannte Kernbereich privater Lebensgestaltung unter keinen Umständen eindringen, wird auch im jetzt geänderten BKA-Gesetz endgültig begraben.

BKA-Gesetz als Terrorschreck?

Sicherheit geht also vor Freiheit und Privatheit. Aber schaut man sich das vom Bundestag verabschiedete Gesetz im Detail an, stößt man zudem auf seltsame Dinge: Das Parlament

WISSENSWERTES

Das Bundeskriminalamt wurde nach den Erfahrungen des Dritten Reiches lediglich als Koordinierungsstelle des Bundes für die Landespolizeien ohne eigene polizeiliche Einriffsmöglichkeiten entworfen. Seit den 70er Jahren wird dem BKA zunehmend polizeiliche Kompetenz gegeben.

Durch die Gesetzes-Novelle darf das BKA:

- präventiv agieren.
- verdeckt Personen abhören und fotografieren. Dabei dürfen auch Unbeteiligte ausspioniert werden.
- die Übermittlung von personenbezogenen Daten aus Dateien verlangen.
- ohne Wissen des Betroffenen richterlich angeordnete Online-Durchsuchungen durchführen.
- ohne Wissen des Betroffenen dessen Telekommunikation überwachen, also Verbindungs- und Standortdaten aufzeichnen.
- Wohnungen ohne Einwilligung des Inhabers durchsuchen.

Eine Überwachung muss erst unterbrochen werden, wenn diese den persönlichen Kernbereich betreffen. Außerdem wird das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten und Ärzte eingeschränkt.

schickt das BKA mit Vorladungen, Identitätsfeststellungen, Platzverweisen oder Gewahrsamnahmen auf Terroristenjagd – alles Befugnisse, die aus den Landespolizeigesetzen abgeschrieben wurden. Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung bemüht sich nicht einmal, zu begründen, wie mit diesen Methoden terroristische Gefahren abgewehrt werden könnten. Konsequenterweise verzichtet das Gesetz aber auch darauf, den Einsatz dieser Befugnisse auf die Terrorismusbekämpfung zu beschränken. Offenbar hat man hier bereits den zweiten Schritt vor dem ersten getan, die Entwicklung einer umfassenden Bundesgeheimpolizei fest im Blick. Schade nur, dass die polizeiliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes bisher durch unsere Verfassung auf die Terrorismusbekämpfung beschränkt ist (siehe Artikel 73 Abs. 1 Nr. 9a Grundgesetz) – aber das kann man ja ändern.

Sven Lüders

Geschäftsführer der Humanistischen Union



Versammlungsgesetz Baden-Württemberg

Adé Grundgesetz

Im Zuge der Föderalismusreform 2006 wurden Gesetzgebungskompetenzen vom Bund auf die Bundesländer übertragen. Bayern erließ als erstes Bundesland ein eigenes Versammlungsgesetz, Baden-Württemberg folgte im November 2008.

Gegen das bayrische Gesetz erhoben 13 Organisationen Verfassungsbeschwerde. Die bayerische FDP trägt trotz Koalition mit der CSU die Verfassungsbeschwerde mit; Änderungen wurden angekündigt.

Auch Baden-Württemberg stellt mit seinem neuen Polizeigesetz, das Kontroll- und Überwachungsbefugnisse der Polizei in den präventiven Bereich ausdehnt vor allem das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ernsthaft in Frage.

Landesregierung macht im Gesetzentwurf deutlich, was sie mit den im Grundgesetz verankerten Bürgerrechten vorhat:

„Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Grundgesetzes) wird nach Maßgabe des Gesetzes eingeschränkt“. Diese Klarstellung dürfte nach dem Studium des Entwurfs kaum nötig sein. Die geplanten Einschränkungen sind beträchtlich, weshalb davon auszugehen ist, dass die größte Leistung des Gesetzes in Einschüchterung und Verhinderung zivilbürgerlichen Engagements bestehen wird. Betreffen wird es vor allem linksalternative, radikaldemokratische und antifaschistische Gruppen; Gruppen, die weder ausreichend Leute noch Geld haben, Strafen zu bezahlen oder die angeforderte Zahl von OrdnerInnen zu benennen. Zusätzlich all diejenigen, die es wagen, mit

verboten werden, wenn sie den „Eindruck von Gewaltbereitschaft“ vermittelt. Sollte trotz Militanzverbot die Blockade einer anderen Veranstaltung versucht werden, folgt ergänzend ein Störungsverbot (§8).

Selbstverständlich konnten auch nach geltendem Recht Demonstrationen, bei denen Gewalttätigkeiten zu befürchten waren, verboten werden. Die Ausdehnung auf unscharfe Begriffe wie „Militanz“ und „Störung“ wirft Fragen auf. Wer wird bewerten, welche Kleidung militant wirkt oder wann eine Demonstration über das übliche Maß hinaus stört? Eine weitere Erschwernis ist, dass OrdnerInnen vor der Versammlung namentlich genannt werden müssen. So werden Daten von Menschen gesammelt, die politisch für ein Thema aktiv sind. Die zuständige Behörde kann außerdem Versammlungsleitung sowie OrdnerInnen als ungeeignet ablehnen (§ 15).

Doch nicht nur VersammlungsleiterInnen und TeilnehmerInnen sollen für die Genehmigung einer Versammlung in Zukunft ausschlaggebend sein, sondern auch „Dritte“, deren „gleichrangige Rechte“ zu beachten sind (§17). Legalisiert wird auch die schon lange gängige Praxis, Veranstaltungen zu filmen (§19).

Eine neue Qualität erreicht das geplante Versammlungsgesetz in Bezug auf Veranstaltungen in geschlossenen Räumen. Galt für sie nach Art.8 des Grundgesetzes besonderer Schutz, enthält der Gesetzesentwurf auch hier Möglichkeiten zum Eingreifen der Behörden, die größtenteils den Einschränkungen der Versammlungen unter freiem Himmel gleichen. Neu auch, dass Einladungen demnächst nur noch von einer natürlichen Person, nicht mehr von einer Organisation, ausgesprochen werden dürfen, und dass Versammlungen aufgrund von Äußerungen, die die Leitung nicht unterbindet, geschlossen werden können.

Bei den Punkten Militanz und OrdnerInnen hat die Landesregierung an die Adresse der Gewerkschaften Kompromissbereitschaft signalisiert. Erste-Mai-Demos seien so wenig gemeint wie Streikposten, heißt es. Die Gewerkschaften reagieren mit Skepsis, denn „Herrsche und Teile“-Strategien sind ihnen bekannt.

Ein umfangreicher Bußgeldkatalog rundet den Katalog der Versammlungsverhinderungsmaßnahmen ab (§25). Wer bis dorthin noch nicht von der Planung einer Versammlung abgeschreckt worden sein sollte, dürfte spätestens jetzt ins Grübeln kommen. Ein Griff zum Grundgesetz wird wenig helfen. Das wurde außer Kraft gesetzt.

Ruth Birkle



Automatische Erfassung von Autokennzeichen, gemeinsame Projektdaten von Polizei und Verfassungsschutz, Ausweitung der Befragungsrechte der Polizei, Einschränkung des Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechts und Ausweitung der Videoüberwachung machen den präventiven Charakter des Gesetzes deutlich und führen direkt in einen Überwachungsstaat.

Begründet wird die polizeiliche Aufrüstung mit dem Schutz vor neuen extremistischen und terroristischen Angriffen. Würde die Landesregierung ihren eigenen Bedrohungsszenarien folgen, müsste sie an vielen Punkten ein wesentlich perfekteres Überwachungssystem aufbauen, als es selbst mit dem neuen Gesetz möglich sein dürfte.

Schmackhaft gemacht wird das Gesetz mit der Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Wohnungsverweis, der von Frauenrechtsgruppen schon lange gefordert wurde.

Anfang kommenden Jahres soll ein neues Versammlungsgesetz das Polizeigesetz ergänzen. Die

Blockaden und Ruhestörung auf Themen hinzuweisen oder auf Missstände zu reagieren.

Die Behauptung des Justizministers, es gehe vor allem darum, rechtsextreme Aufmärsche zu verhindern, ist schwer zu vermitteln. Tatsächlich hätte auch ohne neuen Gesetzentwurf das Absingen aller drei Strophen des Deutschlandliedes oder das Tragen von Nazisymbolen bereits nach der bestehenden Rechtslage zur Auflösung fast aller rechtsextremen Veranstaltungen führen müssen.

Der neue Gesetzentwurf erklärt jedes Treffen von zwei Menschen, das „überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung“ zielt, zu einer Versammlung (§2). Für diese ist eine VersammlungsleiterIn zu benennen, der/die verpflichtet wird, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass aus der Versammlung heraus Gewalttätigkeiten begangen werden.“ (§4). Damit entsteht eine neue Hilfspolizei.

Bekannt war bis jetzt ein Uniformierungsverbot, das nun durch ein „Militanzverbot“ (§ 7) ergänzt werden soll. Damit kann eine Versammlung bereits

Abschottung um jeden Preis

Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen

Jahr für Jahr riskieren Menschen ihr Leben, um in die Europäische Union zu gelangen. Viele von ihnen sterben auf ihrem Weg nach Griechenland, Malta, Italien oder Spanien. 8.114 Tote im Mittelmeer und Atlantischen Ozean, 2.486 im Kanal von Sizilien, 3.986 zwischen Nordafrika und Spanien, in der Meerenge von Gibraltar und bei den Kanaren, 885 in der Ägäis – für Menschen auf der Flucht sind die Außengrenzen Europas längst zum Massengrab geworden.

Die Europäische Union (EU) schaut diesen Tragödien weitgehend tatenlos zu und schafft durch ihre Abschottungsstrategien die Bedingungen dafür, dass das Erreichen der EU zunehmend lebensgefährlich geworden ist. Menschen, die vor Verfolgung fliehen oder ihr Land verlassen, weil sie dort keine Lebensperspektive haben, ist es so gut wie unmöglich, ein Visum für die EU zu erhalten. Seit Beginn der 1990er Jahre hat die EU für Hunderte von Ländern die Visapflicht eingeführt. Neben der restriktiven Visapolitik stellt die martialische Abschottung der EU-Außengrenzen eine zentrale Strategie zur Abwehr von Flüchtlingen und MigrantInnen dar. Dabei agieren die europäischen Staaten zunehmend weit vor den Grenzen Europas.

Brutaler Umgang mit Flüchtlingen

Beispielhaft hat die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl im Sommer 2007 die Menschenrechtslage auf dem Meer zwischen den griechischen Inseln und der Türkei untersucht. Die Ergebnisse der Recherche waren erschreckend: Unter Missachtung des internationalen Flüchtlingsrechts drängt die griechische Küstenwache Flüchtlingsboote systematisch auf hoher See zurück in Richtung Türkei. Die Türkei ist kein Land, in dem Asylsuchende ein Abschiebeschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Dabei werden die kleinen Boote oftmals derartig angegangen, dass diese in Seenot geraten. So werden die Boote zum Teil bewusst von der Küstenwache beschädigt. Flüchtlinge berichteten außerdem, dass sie auf unbewohnten Inseln ausgesetzt worden sind. Nicht nur in Einzelfällen berichteten die Betroffenen zudem von Übergriffen bis hin zur Folter (Schläge, Scheinhinrichtungen, Elektroschocks, in Wasser untertauchen).

Eine erschreckende Bilanz. Konsequenzen wurden seit Veröffentlichung der Untersuchung kaum gezogen. Während es seitens der griechischen Regierung bei bloßen Ankündigungen blieb, die Vorwürfe aufklären zu wollen, mühen sich die anderen Mitgliedstaaten der EU beredt,

zu den menschenrechtlichen Skandalen vor der eigenen Haustür zu schweigen.

EU-Grenzschutzagentur Frontex

Über die 2004 geschaffene europäische Grenzschutzagentur mit dem Namen Frontex sollen die Grenzsicherungsmaßnahmen EU-weit koordiniert werden. Die EU-Mitgliedstaaten sollen sich untereinander sowohl mit technischen Geräten, Schiffen, Helikoptern etc., als auch mit Personal unter die Arme greifen. Zentral gesteuert werden die gemeinsamen Einsätze von Warschau aus, wo Frontex seinen Sitz hat.

Seit Mitte 2006 werden Flüchtlingsboote im Zuge von Frontex-Einsätzen bereits in internationalen Gewässern oder den Gewässern kooperierender Küstenstaaten abgefangen und in Transit- oder Herkunftsländern zurückverfrachtet. Tausende von Flüchtlingen und MigrantInnen waren in den vergangenen Jahren betroffen. Frontex selbst spricht davon, dass die Flüchtlingsboote und ihre Insassen abgefangen (intercepted) oder umgeleitet (diverted) werden. Was dies allerdings genau zu bedeuten hat, bleibt im Dunkeln. Klar ist allerdings, dass Frontex Flüchtlingsboote gegen ihren Willen in Staaten außerhalb der EU drängt. Frontex gibt in seinen Pressemeldungen selbst an, dass beispielsweise im Jahr 2008 vor den Kanarischen Inseln 4373 Menschen (Stand: 7. Oktober 2007) von Frontex-Booten abgedrängt wurden. Frontex erläutert hierzu: Die abgedrängten Personen seien entweder überzeugt worden, umzukehren, oder sie wurden zum nächsten Hafen (im Senegal oder in Mauretanien) eskortiert.

Flüchtlingsorganisationen werfen Frontex vor, mit diesen Praktiken den Schutz vor Zurückweisung nach dem Flüchtlingsvölkerrecht zu missachten. Die in die westafrikanischen Staaten zurückgedrängten Flüchtlinge haben dort keinerlei Aussicht auf Asyl. Die vorverlagerte Abschottung auf hoher See verhindert einen effektiven Zugang zum Flüchtlingschutz der EU. Die Bundesregierung bestreitet, dass das Abdrängen auf hoher See selbst eine Missachtung des Flüchtlingsrechts ist. Die Genfer Flüchtlingskonvention binde die Staaten nicht außerhalb ihres Staatsgebietes. Dem ist zu widersprechen. Die extraterritoriale Geltung des Flüchtlingsrechts und der Europäischen Menschenrechtskonvention wurde von Völkerrechtlern in einem Gutachten herausgearbeitet: Die völkerrechtlichen Verpflichtungen gelten nicht nur auf dem Festland, sondern auch auf hoher See.

Das Verhalten der griechischen Küstenwache und das Vorgehen von Frontex missachten



grundlegende menschenrechtliche Verpflichtungen.

Pro Asyl fordert mit der Kampagne „Stoppt das Sterben an den EU-Außengrenzen“:

- *Menschenrechtswidrige Frontex-Einsätze sind einzustellen!*
- *Menschenleben müssen gerettet werden.*
- *Flüchtlinge müssen geschützt werden.*
- *Der Zugang zu einem fairen Asylverfahren in Europa ist zu gewährleisten.*
- *Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.*

Mehr Informationen zur Kampagne:
www.proasyl.de

Marei Pelzer,
Rechtspolitische Referentin von Pro Asyl

Legal, illegal, scheißegal?

Die französische Illegalisierten-Bewegung erhält Aufschwung

Rund 5.000 Illegalisierte nahmen dieses Jahr an der Erste-Mai-Demo in Paris teil. Kein Wunder, denn zwei Wochen zuvor startete eine Kampagne, die zum Ziel hatte, allen illegalisierten ArbeitnehmerInnen einen regulären Aufenthalt zu sichern.

Am 15. April begannen die so genannten sans-papiers (dt.: Papierlose) in rund 20 Betrieben der Region Paris zu streiken. Innerhalb der ersten Wochen nach Beginn des Streiks wurden schon die ersten Legalisierungen ausgesprochen. Mitte Mai trat eine zweite Welle von Streikenden hinzu. Einen Monat später beschloss die Gewerkschaft cgt, die der kommunistischen Partei nahe steht, zunächst auf eine dritte Welle zu verzichten, um das Vorgehen der staatlichen Institutionen abzuwarten. Im Juli konnte sie verkünden, dass schon 750 sans-papiers eine Aufenthaltserlaubnis erhalten hatten.

Zugleich weitete der Streik sich aus: Zu den stark männerdominierten Betrieben, die zunächst bestreikt wurden, kamen auch Betriebe aus dem Reinigungsgewerbe hinzu, in denen vermehrt Frauen arbeiten. Sans-papiers begannen selbstorganisiert, in Zusam-

mit Unterstützung der Pfarrer und kirchlichen Gemeinden. Im Jahr 2006 führte das Netzwerk „Bildung ohne Grenzen“ eine Kampagne gegen die Abschiebung von SchülerInnen durch.

Die aktuelle Kampagne der sans-papiers bezieht sich auf ein Gesetz aus dem Herbst 2007, das von der Regierung um zwei migrationspolitische Hardliner - Präsident Sarkozy und Brice Hortefeux, Minister für Immigration, Integration und nationale Identität - eingebracht wurde. Darin wurden - neben der Einführung von DNA-Tests bei Familiennachzug und der geforderten Mindestzahl von 26.000 Abschiebungen im Jahr 2008 - auch „angespannte“ Wirtschaftszweige definiert. In diesen haben die Arbeitgeber nun die Möglichkeit, Nicht-EU-AusländerInnen anzustellen und ihnen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis zu besorgen. In anderen Wirtschaftsbereichen sollte diese Möglichkeit in Ausnahmefällen auch bestehen. Zugleich wurden die Arbeitgeber dazu verpflichtet, die Identität ihrer Angestellten bei den Behörden zu überprüfen.

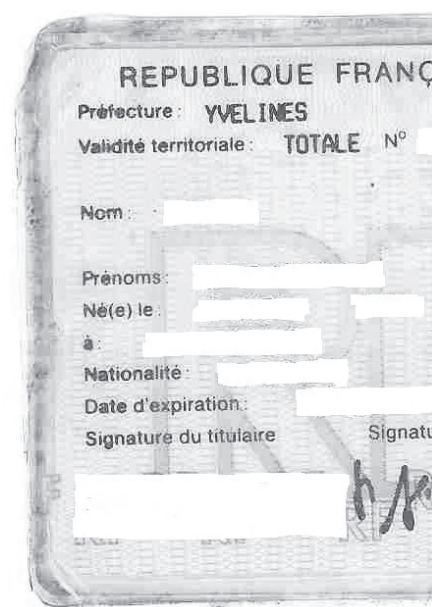
Arbeitgeber fordern Papiere

Das Gesetzespaket ist Ausdruck der zunehmend selektiven Migrationspolitik („immigration choisie“) der französischen Regierung. Die Gewerkschaft cgt nutzt es aber, um Druck auf ArbeitgeberInnen und Regierung auszuüben: Die ArbeitgeberInnen könnten nun nicht mehr vortäuschen, von der Illegalität ihrer Angestellten nichts zu wissen. Viele Unternehmen unterstützten die Forderungen ihrer ArbeiterInnen nach ihrer Legalisierung. So waren die lokalen Behörden gezwungen, unter dem Druck von Öffentlichkeit, Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen, einen relevanten Teil der Anträge positiv zu entscheiden.

In ihrem Streik konnten die Illegalisierten ihre Bedeutung für die lokale Wirtschaft geltend machen: Eine Studie ergab, dass 61 % der Restaurants in der Region Paris Illegalisierte beschäftigen. Auch in anderen Bereichen, wie Bau, Reinigungsgewerbe, Pflege, Landwirtschaft und Zeitarbeit dürften die Verhältnisse ähnlich sein. Insgesamt sollen in Frankreich 200.000-600.000 Illegalisierte leben, 90 Prozent von ihnen sind in einem Arbeitsverhältnis.

Legalisierung aller ... ArbeitnehmerInnen?

Die Anstellung von illegalisierten Arbeitskräften fördert das Lohndumping in Bereichen der Wirtschaft, die nicht an einen anderen Standort



verlagert werden können. Für die cgt sind daher die Verhältnisse klar: Arbeitsrecht und Tarifverträge müssen für alle ArbeitnehmerInnen gelten, also auch für die sans-papiers. In ihren offiziellen Dokumenten fordert die Gewerkschaft die Legalisierung der illegalisierten Arbeitskräfte, weitet diese Forderung jedoch nicht auf die Legalisierung aller sans-papiers aus.

Hier setzt die Kritik der Linksradiكالen und Autonomen an, die seit dem zweiten Mai ein Gewerkschaftshaus in Paris mit über 1000 Illegalisierten besetzen. Sie fordern ein Aufenthaltsrecht für alle sans-papiers, statt Einzelfallprüfung und Beschränkung auf die in Betrieben beschäftigten sans-papiers. So müssten auch die meist weiblichen Putzkräfte und Pflegekräfte unterstützt werden, die in Privathaushalten arbeiten.

Bei aller Kritik bleibt doch eine erfreuliche Perspektive: Ein solidarisches Bündnis von Illegalisierten, MigrantInnen-Organisationen und Gewerkschaften schafft ein Bewusstsein für die Illegalisierten und erzielt dabei - in Zeiten restriktiver Migrationspolitik - zählbare Erfolge für die Betroffenen.

Eine solche Perspektive wäre auch in Deutschland möglich. Denn das Druckmittel der sans-papiers ist die Abhängigkeit der Wirtschaft von ihrer Arbeitskraft. Und dies gilt auch für die rund eine Million Illegalisierten in Deutschland.

Höchste Zeit also für die deutschen Gewerkschaften, nicht auf Repression im Kampf gegen die Schwarzarbeit zu setzen, sondern sich solidarisch mit Illegalisierten zu zeigen und sich für gleiche Rechte für alle einzusetzen!

Paul Brettel



menarbeit mit anderen linken Gewerkschaften oder autonomen Bündnissen wie der „coordination sans-papiers“ (CSP), weitere Betriebe zu bestreiken und Kirchen zu besetzen.

Kämpfe der sans-papiers-Bewegung

Bei ihren Aktionen konnten sich die Illegalisierten auf die Tradition der französischen sans-papiers-Bewegung stützen, die stets von weiten Teilen der Gesellschaft unterstützt wurde. So wurden beispielsweise 1996 öffentlichkeitswirksam Pariser Kirchen mehrere Monate besetzt -

Massenblockaden gegen rechts

Wie der „Anti-Islamisierungs-Kongress“ von Pro Köln verhindert wurde

Vom 19. bis zum 21. September sollte in Köln mit dem sogenannten „Anti-Islamisierungs-Kongress“ eines der größten Ereignisse der europäischen RechtspopulistInnen des Jahres stattfinden. Doch daraus wurde nichts.

Geladen hatte die selbsternannte „Bürgerbewegung Pro Köln“. Die Partei wurde im Jahre 1996 von ehemaligen Mitgliedern der NPD und der Republikaner gegründet. Seit 2004 ist sie auch im Kölner Stadtrat vertreten. Die Arbeit von „Pro Köln“ konzentriert sich auf Kampagnen, die sich gegen eine vermeintliche „Überfremdung“ der „abendländischen Gesellschaft“ durch nicht-deutsche Mitbürger richten. Kein Wunder also, dass die Aktivitäten gegen den geplanten Bau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld zu ihren Schwerpunkten gehören.

Zu Ihren Kampagnen gehören Unterschriften-Aktionen gegen den Bau der Moschee und die so genannte „Jugendoffensive“: Flugblätter („Deutsch ist geil!“) und die Jugendzeitung „Objektiv“ wurden an Schulen in Köln verteilt. Als Reaktion gründeten Kölner SchülerInnen die Initiative „Schüler gegen Rechts“.

Anders als bei der NPD konnte mit „Pro Köln“ eine Partei mit klar ausländerfeindlichen Positionen im Westen Deutschlands Fuß fassen. Seit längerem wird versucht, dieses „Erfolgskonzept“ auch in andere Städte zu exportieren. Anfang 2005 wurde die „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ gegründet, 2007 folgte mit der „Bürgerbewegung Pro NRW“ ein erster Landesverband. Die Ortsgruppen außerhalb Kölns konnten aber bis jetzt weder Aktivitäten noch Erfolge verbuchen, die mit ihrer Kölner Ursprungsgruppe vergleichbar wären.

Die TeilnehmerInnen

Zu ihrem Kongress im September lud „Pro Köln“ die Führungsriege der europäischen Rechtskonservativen ein: Die Partei Vlaams Belang aus Belgien ist eine Regionalpartei in Flandern und verfolgt die Abspaltung des flämischsprachigen Teil Belgiens vom französischsprachigen sowie die Bewahrung des flämischen Kulturgutes gegenüber „Fremdkulturen“. Sie ist die Nachfolge-Organisation der 2004 verbotenen rechtsextremistischen Partei „Vlaams Blok“.

Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) stieg bei den Nationalratswahlen 2008 mit 17,5% zur drittstärksten Fraktion auf. Die FPÖ wurde 1956 gegründet und diente vielen Nazis nach dem Ende des Nationalsozialismus als neues Betätigungsfeld. Unter der Führung von Jörg Haider entwickelte sich die FPÖ zu einer rechtskonservativen Partei.

Die „Front National“ aus Frankreich mit ihrem Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen wurde 1972 gegründet, Hauptforderungen sind die

Beschränkung von Einwanderung, Bevorzugung französischer Staatsbürger bei Arbeitsplätzen oder Sozialleistungen und die Rückkehr zu traditionellen Werten. Le Pen wurde von Pro Köln als Redner auf dem Kongress angekündigt. Wenige Tage später erklärte er aber, dass seine Teilnahme nie geplant war.

Aus Italien war die Lega Nord vertreten. Ihr Vorsitzender Umberto Bossi erklärte im April 2008 zum Thema Immigration: „Wir haben keine Angst das Thema auf den Plätzen auszutragen. Wir haben 300.000 Märtyrer, die bereit sind von den Bergen hinabzusteigen. Unsere Gewehre rauchen immer.“

Schon der Auftakt des „Anti-Islamisierungs-Kongresses“ am Freitag wurde zu einem Reinfall.

Die Pressekonferenz zu Beginn des Kongresses musste wegen Protesten kurzerhand auf ein Schiff verlegt werden, welches über mehrere Stunden auf dem Rhein herumirrte, denn an jeder Anlegestelle befanden sich AntifaschistInnen. Am Samstag ging es dann mit Massenblockaden des Kundgebungsortes weiter, dem Heumarkt in der Kölner Innenstadt. Verschiedene Einzelpersonen und Gruppen hatten unter dem Motto „Hingesetzt!“ zur Blockade aufgerufen. Mehrere tausend Leute sind gekommen. Durch die Blockaden konnte nur eine kleine Minderheit der RechtsextremistInnen den Heumarkt erreichen, der größte Tross saß am Flughafen Köln-Bonn fest. Gegen 13 Uhr beendete die Polizei die rechte Kundgebung schließlich, da diese wegen der Blockaden nicht mehr durchführbar sei. Am Rande der Blockaden kam es zu einigen umstrittenen Einsätzen der Polizei. So wurden aus einigen Kesseln Jugendliche und Kinder in die Gefangenen-sammelstelle Brühl gebracht. Dort wurden den Festgehaltenen Kontakt zu Anwälten verwehrt; die meisten kamen erst am nächsten Tag frei.

Für die Zukunft

Die erfolgreichen Massenblockaden haben gezeigt, dass gewaltfreie Aktionen nicht nur

richtig, sondern auch effektiv sind. Trotzdem kam es zeitweise zu körperlichen Auseinandersetzungen mit „Pro Köln“-AnhängernInnen. Einige wenige konnten es nicht lassen, Steine zu werfen und Dinge anzuzünden, was



teilweise zu Konflikten mit anderen AktivistInnen an den Blockadepunkten führte. Gewaltfreie Aktionsformen sollten stärker trainiert werden, um bei zukünftigen Aktionen auf Erfahrung und Know-How zurückgreifen zu können.

Desweiteren sollte die Neue Rechte weiter im Blickfeld bleiben. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass diese größere Anknüpfungspunkte finden können, als die traditionellen RechtsextremistInnen.

BRiB

Parteien & Koalitionen

Eine neue Seltsamkeit

Schwarz-grün gilt als „Modellprojekt“ – das Hamburger Vorbild könnte bundesweit Schule machen

Die Studiengebühren bleiben, ein neues Kohlekraftwerk wird gebaut und der Koalitionsvertrag fordert „familienfreundliche“ Abschiebungen. Dass schwarz-grün in Hamburg gerade durch konservative Medien als Projekt mit bundesweiter Ausstrahlung dargestellt wird, verwundert daher kaum.

Gebühren als Verschuldungsmodell

Mit dem ersten schwarz-grünen Koalitionsvertrag auf Landesebene einigten sich CDU und Grün-Alternative Liste (GAL) auf ein neues Studiengebührenmodell. In ihrem Wahlprogramm hatte die GAL angekündigt, die Gebühren abzuschaffen. Dagegen hatte die CDU die Position vertreten, dass die neuen Einnahmen notwendig seien.

Statt der bislang fälligen 500 Euro pro Semester werden künftig erst nach Ende des Studiums 375 Euro pro Semester kassiert. Die Rückzahlungspflicht greift, wenn das jährliche Bruttoeinkommen über 30.000 Euro liegt. Sofort und ab dem ersten Semester bezahlen dagegen Studierende aus Nicht-EU-Staaten. Wer die Regelstudienzeit um mehr als zwei Semester überschreitet, muss nicht „nachlaufend“, sondern sofort bezahlen. Auch durch einen Fachwechsel verlängert sich diese Zeit nicht. Somit führen Wechsel künftig meist zu sofort fälligen Gebühren in der Schlussphase des Studiums.

Bestehende Gebührenbefreiungen hat das schwarz-grüne Bündnis – nach Maßgabe des Koalitionsvertrags – „radikal reduziert.“ Sowohl Erziehungszeiten als auch Behinderungen sind bloß noch in speziellen Fällen Gründe für eine Entlastung. Auch für Engagement in der Studierendenvertretung gibt es keine Gebührenbefreiung mehr. Stattdessen kann eine Verlängerung der Studienzeit um weitere zwei Semester gewährt werden, in denen Gebühren nicht sofort, sondern nach Abschluss des Studiums fällig werden.

In Hamburg gibt es eigentlich eine rechnerische Parlamentsmehrheit für die Abschaffung der Gebühren. Die SPD hatte in ihrem Programm ein „gebührenfreies Erststudium“ gefordert, die Linkspartei wollte eine „Abschaffung von Studien- und Verwaltungsgebühren in jeder Form.“ Die FDP sprach sich im Wahlkampf zwar für Studiengebühren aus, scheiterte aber an der 5-Prozent-Hürde. Mit 65 zu 56 Sitzen ergäbe sich eine satte Mehrheit gegen die Gebühren: Die CDU ist die einzige Partei

im Parlament, die nicht gegen die Gebühren in den Wahlkampf gezogen war.

Auf der zweiten Sitzung des neuen Parlaments scheiterte eine Initiative zur Abschaffung der Uni-Gebühr. GAL und CDU stimmten für eine Verweisung des Antrags in die Ausschüsse, um den Vorstoß dort möglichst geräuschlos zu erledigen. Die grüne Fraktion stimmte mit der Forderung zwar „inhaltlich voll überein“, das Anliegen müsse aber in einen „Priorisierungsprozess“ einbezogen werden – behauptete die GAL-Abgeordnete Eva Gümbel. Vor der Wahl hatte sie noch die etwas griffigere Botschaft verkündet: „Grün steht für die Abwählbarkeit von Studiengebühren.“ Der Wortbruch in Sachen Studiengebühren ist – angesichts der Kräfteverhältnisse im Parlament – eigentlich nur dadurch erklärbar, dass die GAL an einer Einlösung ihres Wahlversprechens nicht sonderlich interessiert war.

Hinsichtlich des Kohlekraftwerks in Moorburg hatte die GAL vor der Wahl den Eindruck erweckt, den Bau im Fall einer Regierungsbeteiligung zu stoppen. Durch den Bau des Kraftwerks würden sämtliche Klimaschutzbemühungen zunichte gemacht, erklärte die GAL mehrfach. Nach der Wahl war es ausgerechnet eine GAL-Senatorin, die der CO₂-Schleuder eine Genehmigung erteilte.

In diesem Fall war es kein „Priorisierungsprozess“, der den Meinungsumschwung bewirkte. Vielmehr kam die GAL zu der Einschätzung, dass eine Verweigerung der Genehmigung wohl nur um den Preis hoher Entschädigungszahlungen aus der Stadtkasse an den Kraftwerksbetreiber möglich gewesen wäre.

Schwarz-Grün-Gold?

Auch von den grünen Zielen für eine humanere Flüchtlingspolitik ist nicht viel übrig geblieben. Zur skandalösen Abschiebepaxis finden sich im Koalitionsvertrag zynisch wirkende Vereinbarungen für eine familienfreundliche Handhabung: „Generell ist bei Abschiebungen dem Schutz von Ehe und Familie, insbesondere der Familieneinheit, dadurch Rechnung zu tragen, dass die vollziehbar ausreisepflichtigen Familienangehörigen zusammen abgeschoben werden.“ Auch die berüchtigten unangekündigten, überfallartigen nächtlichen Heimsuchungen zum sofortigen Vollzug der Abschiebung sollen möglich bleiben, „wenn andernfalls zu erwarten ist, dass die Rückführung vereitelt würde oder nur durch Abschiebehaft durchsetz-



flickr: ruth

bar wäre.“ Dadurch konnte in einem Nebensatz auch Einvernehmen darüber erzielt werden, dass die skandalöse Praxis der Inhaftierung von Menschen, die sich keines Vergehens schuldig gemacht haben, im Rahmen der Abschiebehaft weiter fortgeführt wird.

Angesichts der schwarz-grünen Politik sind wohlwollende Kommentare in der konservativen Presse nicht verwunderlich. „Schwarz-Grün – Ein Glück für Deutschland“ titelte das Springer-Blatt ‚Die Welt‘. Anerkennend heißt es, „das Ganze“ sei „Teil eines größeren Spiels, in dem die Konturen der Parteien zu verschwimmen beginnen.“ Diesen Zuspuch hat sich die GAL in Hamburg redlich verdient.

Gunther Heinisch

Es wird heiß.

Das Klima-Thema ist in der linken Szene angekommen

Der 6. Dezember ist nicht nur ein Tag des Nikolaus, sondern auch ein Tag der Klimabewegung. Bereits zum dritten Mal fand in Deutschland ein Klima-Aktionstag statt. Im September 2008 sind 6.000 Menschen in Staudinger (Hessen) und Jänschwalde (Brandenburg) auf die Straße gegangen, um gegen die dort geplanten Kohlekraftwerke zu protestieren. Im Jahr 2007 haben 10.000 in Berlin und vor dem geplanten Neubau in Ratingen (NRW) demonstriert. Schon damals hieß es, eine neue Klimabewegung sei nötig. Sven Giegold als Vertreter von attac rief dazu auf, die Bauplätze zu besetzen, um neue Anlagen zu verhindern.

Gesagt, getan: Im Sommer 2008 fand in Hamburg das Klimacamp statt, in dessen Rahmen ein Kran auf dem Gelände für das geplante Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg besetzt wurde. Mit dem Klimacamp ist das Thema endgültig in der linken Szene angekommen. Das mag auch daran liegen, dass die Organisatorinnen und Organisatoren des Camps immer wieder betont haben, der Klimawandel sei in erster Linie ein soziales Problem. Und tatsächlich geht es um handfeste soziale Konflikte: Während die Wohlhabenden um die halbe Welt jetten, müssen die Menschen in den Trockenzone Afrikas irgendwie damit fertig werden, dass dort nun noch weniger Regen fällt. Bei den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist dies schon länger bekannt. Dies

führte 2007 dazu, dass sich etwa hundert NGOs zu einer Klima-Allianz zusammengeschlossen haben. Dort sind nicht nur Umweltorganisationen wie Greenpeace vertreten, sondern auch Entwicklungsorganisationen wie Brot für die Welt oder FIAN. Der NGO-Verband organisiert unter anderem die Klima-Aktionstage.

Die Klima-Allianz ist eine Tochter der Klimadiskussion im Jahr 2007. Dass auf einmal alle vom Klima reden, hat zwar auch etwas mit Al Gores „unbequemer Wahrheit“ zu tun, vor allem jedoch mit den Berichten des Weltklimarats (IPCC) und des britischen Ökonomen Nicolas Stern. Deren Aussage: Die Klimakatastrophe steht kurz bevor. Um die schlimmsten Folgen zu vermeiden, darf die Temperatur nicht um mehr als zwei Grad gegenüber vorindustriellem Niveau steigen. Und wenn wir jetzt nicht handeln, wird es verdammt teuer.

Die Energie-Konzerne in Deutschland stören die globalen Folgen ihrer Geschäfte herzlich wenig: Sie wollen die fossile Energieversorgung fortsetzen. Fünf Kohlekraftwerke sind konkret in Planung, bei 19 weiteren laufen Genehmigungsverfahren.



Würden all diese Kraftwerke tatsächlich gebaut, so erzeugten sie über 160 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Das ist mehr als ganz Deutschland nach den Zielen der Bundesregierung im Jahr 2050 ausstoßen soll. Bis dahin werden die Meiler nämlich mindestens laufen.

Wenn die Energieversorger nun neue Kohlekraftwerke durchdrücken wollen mit Verweis auf angeblich CO₂-freie Kraftwerke, dann sind dies bloß billige PR-Tricks der Kohlelobby. Die Kohlendioxid-Abscheidung ist nämlich nichts weiter als ein Feigenblatt der Konzerne: Sie versprechen, in Zukunft das klimagiftige CO₂ abzutrennen und sicher zu lagern. Dabei gehen selbst Befürworter der Technologie davon aus, dass diese frühestens im Jahr 2020 zur Verfügung stehen wird. Eine nachträgliche Umrüstung von Kohlekraftwerken ist aufwändig und teuer, die Risiken sind noch nicht ausreichend erforscht.

Bislang sind es hauptsächlich die Initiativen vor Ort, die unermüdlich gegen die Kraftwerkspläne kämpfen. Bundesweite Unterstützung ist aber dringend notwendig, soll auf die Politik der notwendige Druck aufgebaut werden. Die Zeit ist reif: Noch können die Pläne von E.ON, Vattenfall und Co. durchkreuzt werden. Schon sehr bald könnte es zu spät sein.

Felix Werdermann



Kommentar: Atomdebatte

Endlagerfrage ungelöst

Noch war es über ein Jahr hin bis zur nächsten Bundestagswahl, da kündigte die CDU im Sommer schon an, die Renaissance der Kernenergie zum Wahlkampfthema zu machen. Vollmundig wurde erklärt: „Kernkraft ist für die CDU Öko-Energie“.

Leider sind die Halbwertszeiten des Atomabfalls um einiges länger als das Kurzzeitgedächtnis manch eines Unionspolitikers. Ansonsten hätten die ChristdemokratInnen nicht das große Problem der Kernenergie vergessen: Die ungelöste Endlagerfrage, die ihre Nutzung seit Anbeginn begleitet.

Das macht die Partei auch in dem

Beschluss „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ deutlich und kann dabei auf die Unterstützung der FDP zählen. Wie es um die anderen Parteien steht, wird erfahrungsgemäß erst nach der Wahl wirklich bekannt.

Spätestens die Debatte um das „Probe-Endlager“ Asse II sollte aber auch der CDU vor Augen geführt haben, dass die Endlagerproblematik für Atomabfall nach wie vor nicht gelöst ist. In das alte Salzbergwerk läuft schon seit Jahren Wasser ein, wodurch die Gefahr entsteht, dass Trinkwasser radioaktiv verseucht wird.

Ein Erfolg bei der Suche nach einem Endlager für radioaktiven Müll ist nicht abzusehen: Das ehemalige DDR-Endlager Morsleben wurde geschlossen; das geplante Endlager Gorleben hat Kontakt zum Grundwasser, und auch an der Sicherheit des mittlerweile als Endlager genehmigten Schacht Konrad (in

den nur ein geringer Teil des strahlenden Abfalls eingelagert werden darf) bestehen Zweifel.

Ob es überhaupt sichere Endlager für Jahrtausende strahlenden radioaktiven Müll geben kann, ist zweifelhaft. Sicher aber ist: Damit sind Risiken und Kosten in Milliardenhöhe verbunden. Allein das sollte Grund genug sein, der Kernkraftnutzung endlich den Rücken zu kehren und sich den wirklichen Öko-Energien zuzuwenden.

Paul Brettel



Energiepreise

Sozialpolitik aus der Steckdose?

Die Sommerloch-Debatte um steigende Energiepreise und mögliche Gegenmaßnahmen ist zwar etwas abgeflaut, doch das Thema bleibt weiterhin brisant. Der Ölpreis wird wieder steigen, und Forderungen nach Sozialtarifen oder einem „Energie-Grundrecht“ klingen einfach gut. Aber sind sie auch sozial- und energiepolitisch sinnvoll?

Der Ölpreis hatte sich im Laufe eines Jahres mehr als verdoppelt. Der Benzinpreis und der Gaspreis folgten zeitlich verzögert. Auch Strom verteuerte sich immer weiter, insgesamt um über 50 Prozent in 8 Jahren. Alle Energieformen schienen unbezahlbar zu werden, wobei offen blieb, wie viel davon auf tatsächliche Verknappung zurückzuführen war. Angesichts von jährlich ca. 800.000 Strom- und Gassperren dauerte es nicht lange, bis die Bundespolitik sowie große Verbände das Thema entdeckten und nach möglichen Erleichterungen für die BürgerInnen (und Unternehmen) suchten. Die Vorschläge reichten von ermäßigten oder kostenlosen Strom-Grundkontingenten (DGB bis CSU) über niedrigere Energiesteuern (FDP) bis hin zu ALG 2-Erhöhen oder Wollpullovern (Thilo Sarrazin, sozialdemokratischer Finanzsenator in Berlin).

Energie als Grundrecht?

Energiekosten belasten ärmere Menschen überproportional, weil der Anteil der Energiekosten in einem Mini-Budget größer ist. Hinzu kommt, dass niedriger Stromverbrauch auch noch übermäßig teuer ist, weil die Zählergebühr zu zahlen ist – egal, wie viel Strom letztendlich verbraucht wird. Wenn hierzulande ein würdevolles Leben ohne Energie quasi unmöglich ist, dann kann die Versorgung mit Energie also als Grundrecht betrachtet werden. Damit wäre es Aufgabe des Staates, den Zugang für alle Menschen sicherzustellen. Aber was bedeutet Grundrecht? Dass jede Person jederzeit jede Menge in Anspruch nehmen darf oder gibt es ein begrenztes Grundrecht,



das nur sparsam zu verwenden ist? Denn klar ist: Im Unterschied zur Bildung etwa soll der Gesamtverbrauch aus ökologischen Gründen so niedrig wie möglich ausfallen. Dieser Zielkonflikt ist zu berücksichtigen.

Politische Einwände

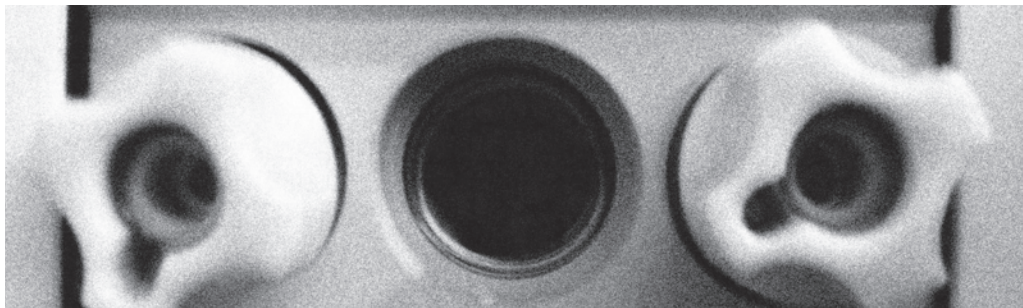
Die diversen Modelle für soziale Energiepreise setzen voraus, dass bekannt ist, wie viele Personen von einem Anschluss versorgt werden und ob diese ermäßigungsberechtigt sind. Welche Nachweise sind dafür nötig? Meldebestätigung? Überprüfung der Wohnverhältnisse? Einkommensnachweis? Hier würde eine weitere Stelle geschaffen, die Daten über die Bürger sammelt, um Betrug zu erschweren. Soll noch danach unterschieden werden, wie viel sich die BewohnerInnen außer Haus (Arbeit, Ausbildung,...) aufhalten, würde das den Kontroll- und Verwaltungsaufwand weiter erhöhen. Dieses Überwachungssystem ist auch ein gewichtiger politischer Einwand. Aber nicht nur das: Weiterhin stellt sich die Frage nach der ökologischen Verträglichkeit von Energie-Vergünstigungen.

Entscheidend ist doch die Frage: Sind Energiepreise der richtige Ansatzpunkt, um für eine gerechtere Gesellschaft zu kämpfen – oder ist dies nicht vielmehr die Sozialpolitik? Mit der Einführung von kostenlosen Sozialkontingenten, zum Beispiel für ALG 2-EmpfängerInnen, würde nach derzeitiger Logik der ALG 2-Regelsatz um den Betrag für Energie (22,11 Euro) gekürzt. Statt Geld würden Waren ausgeteilt – im Effekt also eine Suppenküchenpolitik, die Schule machen könnte. Das aber spräche allen fortschrittlichen Ideen Hohn.

Was bleibt?

Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht zu erkennen, wie „Energie für Alle“ als einzelne Forderung sinnvoll umgesetzt werden könnte. Sozialpolitik ist Sozialpolitik: Diese kann nicht aus der Steckdose kommen, sondern muss umfassend sein, wobei die hohen Energiepreise ein Argument für allgemeine Verbesserungen sein können. Da aber die Notwendigkeit des Zugangs zu Energie nicht wegzudiskutieren ist, lohnt es sich, hier weiterzudenken. Dabei sollten ganz konkrete Fragen und Lösungen im Fokus stehen: Kann erreicht werden, dass der Strompreis mit steigendem Verbrauch zumindest nicht sinkt? Gibt es andere Anreize Strom zu sparen als das Geld? Wieso dürfen eigentlich private Konzerne über die Energiepreise entscheiden? Und: Wie kann das Sperren von Strom oder Gas verhindert werden?

Urs Kleinert (Berliner attac-AG Energie)



Stadtentwicklung

Gentrification – Der Einzug des Geldes

Der Begriff Gentrification wurde einer größeren deutschen Öffentlichkeit vor anderthalb Jahren bekannt, als der Stadtsoziologe Andrej Holm wegen der Verwendung dieses Begriffes von der Bundesanwaltschaft verhaftet wurde. In der Tat ist Gentrification eine gefährliche Entwicklung. Es beschreibt einen stadtteilbezogenen Aufwertungsprozess, der auf der Verdrängung unterer Einkommensgruppen durch den Zuzug wohlhabender Schichten basiert. Gleichzeitig wird die Gebäude- und Infrastruktur verbessert.

Gentrification gefährdete Viertel sind meist innenstadtnahe Altbauviertel, die ein hohes bauliches Attraktivitätspotential haben, jedoch etwas verfallen sind. Die Viertel liegen verkehrsgünstig in Hinblick auf Arbeit und Freizeit und haben billige Mieten. Dadurch haben sie einen hohen Anteil an bildungsfernen und einkommensschwachen BewohnerInnen.

Ein Paradebeispiel für Gentrification ist der Prenzlauer Berg in Berlin.

Von den Alteingesessenen gibt es dort praktisch keine mehr. Heinz M., 67 mittlerweile in Treptow wohnend, erklärt: „Als kurz nach der Wende die ersten jungen Leute ins Viertel zogen, kam so etwas wie neues Leben und Aufbruchsstimmung auf. Das war schön“. Jedoch habe dieser Trend schnell überhand genommen. Die nächtlichen Partys in seiner Nachbarwohnung seien da nur ein Teil gewesen, erklärt der frühere Tram-Fahrer. Hinzu

kam, dass die Miete stieg und die Läden und Geschäfte teurer und exklusiver wurden. „Meine Stammkneipe, dort wo ich mich mit meinen Kumpels aus dem Kiez traf, hat vor 5 Jahren zugemacht. An gleicher Stelle ist heute eine Bio-Pizzeria. Kurz danach zog er aus, die meisten Freunde waren schon vorher weggezogen. Der Prenzlauer Berg, war nicht mehr Seiner.“



In Treptow lassen sich mittlerweile die gleichen Entwicklungen wie in Prenzlauer Berg erkennen. Die Gebäude werden renoviert, die ersten Mieterhöhungen sind da und die Anzahl der StudentInnen nimmt zu. Denn im Prenzlauer Berg ist für sie kein Platz mehr, dort wohnen nun Ärzte, Jung-Manager u.ä.. Leute wie Heinz M. müssen fürchten, dass sie nun abermals, diesmal vor die Tore der Stadt, verdrängt werden.

Gentrification gibt es aber nicht nur in Berlin, sondern in allen anderen Großstädten.

Gentrification ist für linke Politik eine Herausforderung, da erstens der Prozess über mehrere Jahre abläuft, im Gegensatz zum klassischen Verdrängungsprozess wo z.B. Punks aus dem Stadtpark vertrieben werden. Zum zweiten ist die Frage nach den Verantwortlichen und NutznießerInnen nicht einsilbig zu beantworten. Meistens ist es eine Mischung aus politischen Akteuren, der Bauwirtschaft, Vermietern und zuziehenden BewohnerInnen deren Interessen sich im kapitalistischen System verselbstständigen. Besonders pikant ist, dass der Prozess häufig von Leuten eingeleitet wird (Pioniere), die am Ende selbst zu den Verdrängten gehören. Zuletzt stellt sich die Frage, wie erfolgversprechende Strategien gegen Gentrification aussehen können. Widerstand aus der „bedrohten“ Bevölkerung ist von Nöten. Diesen gilt es zu koordinieren gegen einen Prozess, der unter dem Deckmantel der globalen Standortkonkurrenz die am Rand der Gesellschaft stehenden auch noch an den Rand oder aus der Stadt verdrängt. Ihr soziales Umfeld müssen sie damit meist mit aufgeben. Grund genug, sich in Zukunft verstärkt mit dem Thema zu befassen und die Vernetzung lokaler Gruppen zu fördern. Immerhin gibt es seit wenigen Monaten einen Gentrification-Blog von A. Holm <http://gentrificationblog.wordpress.com/>. Ein Anfang ist also gemacht.

Fabian Brettel



Hartz-Infarkt

Skandal! Chemnitzer Forscher gestehen Arbeitslosen 132€ monatlich zu.

Im September ist die Bombe geplatzt. Zwei Ökonomen der TU Chemnitz, Friedrich Thießen und Christian Fischer, haben den monatlichen Bedarf eines Arbeitslosen durchgerechnet und kommen auf 132€ plus Miete. Alkohol und Rauchen sei da natürlich nicht drin. Nahrung einkaufen in Billigdiscountern, Kleider aus 2. Hand, Möbel aus Restbeständen. TV und Internet seien auch nicht unbedingt notwendig. Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ist monatlich 1 Euro vorgesehen.

Unverschämtheit!

JD/JL meinen: 1 Euro ist zuviel! Was sollen diese Arbeitslosen mit Kultur? Und wir fragen nach: Haben die Herren Forscher beim Berechnen des Essens auch die religiösen Fastenmonate eingerechnet? Und Kleider – wenn ich das schon höre – wozu Klamotten, wenn man seine eigenen vier Wände hat? Sieht doch eh keiner! Das gleiche trifft für die Möbel zu.

Unser Fazit!

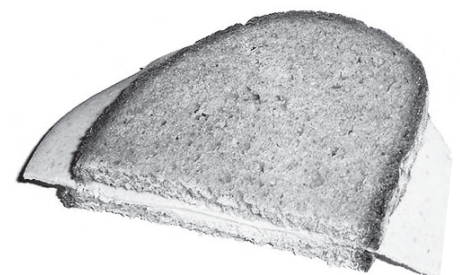
Wer so großzügig mit 130 Ocken winkt, sollte dann aber auch überprüfen, ob tatsächlich das ganze Appartement bezahlt werden muss. Eventuell wären da Sammelunterkünfte angebracht – am

Stadtrand, da sollen die Mieten günstiger sein. In den Wäldern könnten die dann ihr Essen selber schießen.

Nach näherer Untersuchung geht nun unser Urteil raus nach Chemnitz:

Völlig überflüssige Studie. Arbeitslose... wen interessiert das überhaupt?

Julian Voigt



Schule

„Partizipation? Dann aber richtig!“

Protestaktion auf dem Ganztagsschulkongress fordert Mitbestimmungsrechte für SchülerInnen

Im September 2008 fand wieder ein Ganztagsschulkongress in Berlin statt, der das Programm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen.“ der Bundesregierung begleiten sollte. In diesem Jahr nahm der Kongress einen ungewohnten Verlauf: Während der Rede von Bundesbildungsministerin Annette Schavan flatterten Protestflyer durch den Plenarsaal.

Jedes Jahr werden auch Jugendliche aus SchülerInnenvertretungen (SV) und SchülerInnen an Ganztagsschulen zu den Kongressen eingeladen. In diesem Jahr war die Anwesenheit von SchülerInnen besonders erwünscht, denn das Thema des Kongresses war Partizipation. Die protestierenden SchülerInnen hingegen forderten unter der Überschrift „Partizipation? Dann aber Richtig“ eine grundlegende Demokratisierung von Schule.

Die *tendenz* hat sich mit den HerausgeberInnen der Flugzettel getroffen. Wir befragten Hanna, Frauke, Nina und Michel, die in den LSVen von Rheinland-Pfalz und Hessen aktiv sind, über ihre Kritik, ihre Protestaktion und die Reaktionen.

Was sind Eure Kritikpunkte am Ganztagsschulkongress?

Unser Hauptkritikpunkt ist, dass dieser ganze Kongress eine Alibiveranstaltung ist, die nur zur Selbstdarstellung dient. Es wird so getan, als könne man was verändern, aber es gibt kaum Diskussionen oder gar Erfahrungsaustausch. Außerdem wird das Schulsystem an sich nicht reflektiert oder kritisiert. Es herrscht ein relativ konservativer Grundkonsens. Andere Meinungen, die dort nicht reinpassen, werden sofort wegmoderiert oder ignoriert.

Was wäre denn zum Beispiel eine unliebsame Meinung?

Zum Beispiel, dass vor allem Ganztagsschulen,

die ja Lebensraum sein sollen, demokratisiert werden müssen. Partizipation heißt eben nicht, sich mal nett mit der Schulleitung zu unterhalten, sondern dass SchülerInnen direkte Mitbestimmungsrechte haben, die klar verankert und festgelegt sind.

Gab es für Eure Aktion einen konkreten Auslöser?

Kritik gab es schon häufiger, aber dieses Mal war das Thema eben gerade Partizipation. Das hat dem ganzen die Krone aufgesetzt. Der ganze Kongress ist hierarchisch organisiert – von der Vorbereitung, bei der es für normale SchülerInnen keinerlei Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt, über den Ablauf bis hin zu den Organisationen. Das wirkt sich natürlich auch auf



die Beteiligung aus. Bei der ganzen Selbstbe-weihräucherung, wie gut es doch mit der Beteiligung von SchülerInnen in diesem Jahr klap-pen würde, war irgendwann der Punkt erreicht, an dem wir es nicht mehr aushalten konnten.

Dann beschreibt doch mal eure Aktion.

Gelächter. Es war ziemlich schön. Alles war dunkel und still. Dann steht mitten im großen Saal plötzlich jemand auf und eine Fontäne von bunten Flyern fliegt mit einem Knall durch den Beamerstrahl. Es war wirklich ästhetisch. Dann sind wir flyerwerfend rausgerannt. Es ging alles ziemlich schnell und niemand hat uns aufgehalten. Die Security hat wohl damit gerechnet, dass wir die Bühne stürmen.

Wie waren die Reaktionen?

Erstmal hatten wir Angst. Es wurde gemunkelt, jetzt würden wir direkt und ohne Fahr-kostenerstattung nach Hause geschickt und aus dem SV-Berater Team des SV-Bildungswerks ausgeschlossen. Das ist ja gerade das kras-se, dass man in einer Situation ist, in der man Angst hat, so eine Aktion zu bringen, weil man nicht weiß, wie die Leute reagieren.

Es gab ein sehr breites Spektrum von Reak-tionen. Dabei gab es auch sehr viele positi-ve Rückmeldungen. Viele Leute haben gesagt, dass diese Aktion überfällig gewesen sei, oder dass wir ausgedrückt haben, was sie denken.

Auf der anderen Seite standen Reaktionen, wie jemand vom SV-Bildungswerks, der uns gesagt hat: „Wenn ihr was verändern wollt, müsst ihr erstmal eine Vorstandskarriere machen.“ Oder Schavan die nur sagte: „Ist egal, es fällt eh alles zu Boden. Das sind die Gesetze der Physik!“ Später gab es von Seiten des Ministeriums eine Entschuldigung: Es wäre richtiger gewesen uns auf die Bühne zu holen und uns die

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

Jetzt 3 Wochen gratis

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

TESTABO / ABO

☐ **Ja, ich teste die junge Welt für 3 Wochen kostenlos**
Probeabo endet automatisch

☐ **Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr**

☐ Frau ☐ Herr

Name/Vorname _____ tendenz _____

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich) _____

Ich bestelle das

☐ Normalabo (mtl. 28,90 Euro),
☐ Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),
☐ Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen künde.

Ich bestelle zusätzlich das

☐ Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

Ich bezahle das Abo

☐ monatlich (nur mit Bankeinzug),
☐ vierteljährlich (3 % Rabatt),
☐ halbjährlich (4 % Rabatt),
☐ jährlich (5 % Rabatt).

per ☐ Einzugsermächtigung
☐ Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber _____

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Datum/Unterschrift _____

Als Dankeschön für ein reguläres Abo erhalte ich als Prämie:

Fidel Castro
»Fidel Castro. Mein Leben«
Rotbuch Verlag, September 2008,
800 Seiten

Ignacio Ramonet
»Fidel Castro. Mein Leben«
Rotbuch Verlag, September 2008,
800 Seiten

☐ Ich verzichte auf eine Prämie

Chance zu geben, uns zu positionieren. Aber in dem Moment hätten sie genau das tun können und haben es wieder nicht gemacht. Von unseren KritikerInnen kam niemand auf uns zu und hat mit uns geredet oder gar diskutiert, obwohl wir gerne die Argumente der Gegenseite gehört hätten – die inhaltlichen Argumente. Wenn geredet wurde, dann vor

allem über die Aktion an sich und nicht über die Inhalte. Aber um die geht es ja. Eine gute Ganztagschule kann nur mit einem Systemwandel funktionieren. Deshalb: Schule demokratisieren!

für tendenz Jana Garwlas



Hochschule

Noch mehr „Elite“

Auf milliardenschwere Programme für die „Spitzenforschung“ folgt nun ein „Wettbewerb exzellente Lehre“

Bei der „Exzellenzinitiative“ des Bundes und der Länder ging es zunächst um die Prämierung von Vorhaben im Bereich der „Spitzenforschung“. Nun startet ein neues Programm zur Förderung „exzellenter“ Lehre. Dieses ist finanziell zwar sehr dürftig ausgestattet. Es sichert Großkonzernen und ArbeitgeberInnenverbänden aber einen entscheidenden Einfluss auf die Beantwortung der Frage: Was zeichnet gute Studienangebote aus?

Hochschulen, die in der ersten „Exzellenzinitiative“ gut abgeschnitten haben, gelten künftig insgesamt als „elitäre“ Einrichtungen. Bei der Entscheidung, wer dazu gehören darf, spielten die Lehre und die Studienangebote aber keine Rolle. Die Konzentration der Exzellenzinitiative auf die Forschung erntete viel Kritik: Wenn die Kür „elitärer“ Hochschulen alleine die Forschung berücksichtigt, dann entstehe ein weiterer „Anreiz“, Studium und Lehre zu vernachlässigen. Diese Kritik lehnt das System der Spitzenförderung und Elitenbildung nicht grundsätzlich ab, sondern beklagt bloß eine Schieflage zwischen Forschung und Lehre. Daraus folgte die Forderung: Um eine neue „Ausgewogenheit“ zu erreichen, ist ein weiterer Wettbewerb erforderlich – diesmal zur Prämierung „exzellenter“ Lehre.

„Mehr Ehre für die Lehre“

Bereits im Juni 2007 verständigte sich die KultusministerInnenkonferenz (KMK) auf eine „Qualitätsoffensive exzellente Lehre“. Damit folgte das Gremium einem Vorstoß des „Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft“. Dieser Verband ist ein Zusammenschluss, in dem sich private Hochschulsponsoren (Unternehmen, Unternehmensverbände und unternehmensnahe Stiftungen etc.) organisieren. Im Vorstand des Stifterverbands sitzen die Chefs großer Konzerne (Allianz, BASF, BMW, Daimler, Deutsche- und Dresdner Bank, E.ON, Metro, Siemens, Telekom, ThyssenKrupp, VW...) Dazu kommen Vertreter der Unternehmensverbände wie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-

Innenverbände (BDA), des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHT). Dem 39-köpfigen Vorstand des Stifterverbands gehört übrigens keine einzige Frau an.

Im März 2008 verständigte sich die KMK auf Eckpunkte des „Wettbewerbs exzellente Lehre“. Demnach ist es keinesfalls erforderlich, dass die Hochschulen Verbesserungen in der vollen Breite ihres Studienangebots anstreben. Wo „Exzellenz“ draufsteht, sind Verbesserungen in Spitzenbereichen angesagt. Daher sieht der KMK-Beschluss die Möglichkeit vor, entsprechende Anstrengungen „auf einzelne, besonders engagierte und leistungsstarke Fachbereiche/Fakultäten der jeweiligen Hochschule [zu] fokussieren.“



Anfang November 2008 fand eine Auftaktveranstaltung des Wettbewerbs statt – mit dem denkwürdigen Titel „Mehr Ehre für die Lehre“. Unter den ca. 20 Leuten, die inhaltliche Inputs lieferten, kam lediglich ein studentischer Vertreter zu Wort. Bei der Diskussion über die Kriterien zur Bewertung der Hochschullehre scheinen sich die Verantwortlichen offenbar nicht sonderlich für die studentische Sicht der Dinge zu interessieren. So erklärt sich auch, dass den jeweils 18-köpfigen Jurys des Wettbewerbs nur zwei Studierende angehören sollen. Wer das sein wird, entscheiden die KMK und der Stifterverband.

Leuchttürme mit Feigenblattfunktion.

Die Bildungsgewerkschaft GEW kritisiert, dass mit dem Wettbewerb von den eigentlichen Problemen abgelenkt werde. „Die Exzellenzinitiative für die Lehre ist nicht mehr als ein Feigenblatt, das die Misere an den Hochschulen bestenfalls notdürftig kaschieren kann“, kommentierte der zuständige GEW-Vorstand Andreas Keller. „Mit schnell verpuffenden Impulsen für wenige „Leuchtturm-Hochschulen“ ist den Studierenden nicht geholfen. Wir brauchen eine Förderung guter Lehre in der Breite.“ Die Kritik der GEW an der Funktion des neuen Wettbewerbs wird dadurch gestützt, dass dieser bloß mit 10 Mio. Euro dotiert ist, während im Forschungsbe- reich 1,9 Mrd. Euro für die Spitzenförderung bereit stehen.

Mit einem Beitrag von 5 Mio. Euro hat sich der Stifterverband in die Partnerschaft mit der KMK zur Durchführung des Wettbewerbs eingekauft. Damit ist die Hälfte aller bewilligten Fördersummen abgedeckt. Die andere Hälfte muss jeweils von demjenigen Bundesland draufgelegt werden, in dem sich die geförderte Hochschule befindet.

Zur Vergabe dieser Fördergelder werden zwei Jurys (bzw. „Auswahlkommissionen“) gebildet: eine für Fachhochschulen und eine für Universitäten. Der wirtschaftsnahe Stifterverband benennt für die Jurys jeweils knapp die Hälfte der Mitglieder. Es ist zu erwarten, dass diese Kommissionen mit ihren Kriterien für die Beurteilung von Lehrangeboten Maßstäbe setzen werden. Die Ergebnisse werden vermutlich weitere Entwicklungen im Bereich Studium und Lehre maßgeblich beeinflussen. Der Stifterverband wird den Wettbewerb „administrativ durchführen“ und hat damit im gesamten Verfahren die Organisationshoheit. So hat sich die Unternehmenslobby einen maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft der Hochschullehre und der Studienangebote gesichert.

Gunther Heinisch



JDJL Termine

13.2.	Dresdener Anti-Nazi-Demo
20.-22.02	Spektakel Berlin
20.-22.03.	Seminar Nato/ Sicherheitspolitik
17.-19.04.	Radewoe Berlin
26.04.	Finanzkapitalismus Seminar RLP
25./26.04	Kommunalpolitik Seminar NRW
5.-7.06.	Seminar Geschlechterverhältnisse
12.-14.06	Seminar Rassismustheorien RLP
31.07.-09.08.	Das linke Camp zur rechten Zeit!

Du willst mehr über uns wissen?

... Willst in den Newsletter aufgenommen werden? Interessierst dich für ein Seminar, oder möchtest Du einfach mitmachen? Dann schreib uns am besten eine Mail, ruf an oder klick auf unsere Homepage!

info@jdjl.org, / 030-44024 864 / www.jdjl.org

JungdemokratInnen / Junge Linke

parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 war JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

außerparlamentarisch

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen im Gegensatz zur herrschenden Ideologie keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation

JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.



Impressum:

Die *tendenz* wird herausgegeben von dem Bundesverband der **JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL)**
Greifswalder Straße 4,
10405 Berlin;
Tel.: 030 / 440 248-64, Fax: -66;
info@jdjl.org / www.jdjl.org

Redaktion

Gunther Heinisch, Lasse Klopstein,
Felix Werdermann, Wilhelm Ritz, Sonja
Erkens, Werner Hager, Anne Neuendorf,
Vera Wallrodt (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Vera Wallrodt

Bildredaktion: Sonja Erkens, Vera W.

Druck: Union-Druck, Berlin

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht zwingend die Meinung der Redaktion wider.

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist.
tendenz kostet im Abo 4,- Euro/Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.

Die Publikation wird mit Mitteln des BMFSFJ gefördert.